



BDK Landesverband NRW | Völklinger Straße 4 | D-40219 Düsseldorf

An die
Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke

Mit elektronischer Post

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
16/3608

A09

Ihr/e Zeichen/Nachricht vom

Ihr/e Ansprechpartner/in
Oliver Huth
Funktion
Stellvertretender
Landesvorsitzender

E-Mail
lv.nrw@bdk.de
Telefon
+49 (0) 221.99 45 - 568
Telefax
+49 (0) 221.99 45 - 569
Mobil
+49 (0) 173.54 37 253

Düsseldorf, 21.03.2016

Stellungnahme zur schriftlichen Anhörung von Sachverständigen durch den Innenausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen

Terrorbekämpfung stärken - Gesondertes digitales Kompetenzzentrum zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten in Nordrhein-Westfalen aufbauen (Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/10303)

Sehr geehrter Frau Präsidentin,
ich erlaube mir, die Haltung des Bund Deutscher Kriminalbeamter zur o.g. Drucksache zu übermitteln.

Forderung des Antrags

Die Fraktion der CDU fordert die Landesregierung in vier Handlungsfeldern auf den Kampf gegen den Terrorismus im Internet zu forcieren. Neben der Einrichtung des digitalen Kompetenzzentrums soll zudem Einfluss auf Anbieter digitaler Kommunikationskanäle ausgeübt werden.

Terroristische Propaganda soll durch gesetzgeberische Impulse mit Unterstützung der Anbieter von Telemedien- und Kommunikationsdiensten leichter aufgespürt werden. Die sich aufdrängenden Ermittlungsmaßnahmen müssen unverzüglich folgen. Ebenso soll durch eine intensivere Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsteilnehmern die Verbreitung von derartiger Propaganda eingeschränkt werden.



Stellungnahme

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter in Nordrhein-Westfalen unterstützt diesen Antrag und alle Maßnahmen, die dazu geeignet sind, den Terrorismus zu bekämpfen und die Propaganda über das Internet einzudämmen.

Die Ausrufung des Kalifats im Juni 2014 hat offenbar Islamisten, in erster Linie Salafisten, weltweit in bisher nicht dagewesenem Maß emotionalisiert und mobilisiert. Auch in Deutschland nutzen vor allem salafistische Einrichtungen und Akteure den Konflikt in Syrien sowie Irak, um ihre extremistische Ideologie zu verbreiten und neue Anhänger zu rekrutieren. **Durch die relativ gute Erreichbarkeit Syriens sowie die Möglichkeit, über das Internet Netzwerke aufzubauen und Propaganda effektiver für unterschiedliche Zielgruppen zu platzieren, entwickelte sich eine Sogwirkung**, die seit Mitte des Jahres 2012 zu einem massiven Anstieg an islamistisch motivierten Ausreisen in Richtung Syrien oder Irak führte¹. Mittlerweile befindet sich nahezu ein Drittel der in Richtung Syrien oder Irak ausgereisten Personen wieder in Deutschland und stellt die Sicherheitsbehörden vor die Herausforderung der zielgerichteten Verteilung personeller und materieller Kapazitäten. Neben allgemeinen Propagandaaktivitäten und konkreter Anwerbungsversuche neuer Rekruten ist auch die Planung und Durchführung schwerer terroristischer Straftaten aus diesem Personenspektrum nicht auszuschließen. Dies – so die begründete Mutmaßung – gilt insbesondere bei Personen mit Kampferfahrung oder einer Terrorausbildung.

Im Rahmen der 10. Berliner Sicherheitsgespräche des BDK unter dem Motto „Flüchtlinge, Asylbewerber und Migranten: Deutschland zwischen Willkommenskultur und rechtem Terror“ in der Landesvertretung Saarland wurde die aktuelle Lageentwicklung intensiv erörtert. Eine Verschärfung der Sicherheitslage entsteht neben den o.g. Anschlagsszenarien zudem im Zusammenhang mit dem Diskurs um den Umgang mit steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland.

Herr Dr. Hans-Georg Maaßen gab als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Rahmen der o.g. BDK-Veranstaltung dazu mehrere Einschätzungen ab. Er machte deutlich, dass der IS Flüchtlingswege und Flüchtlingsströme nutzen würde, um Kämpfer mit Kampfauftrag einzuschleusen. Zwei der mutmaßlichen IS-Selbstmordattentäter von Paris

¹ Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind - Fortschreibung 2015



seien mit dem Flüchtlingsstrom nach Frankreich gekommen, andere im zeitlichen Zusammenhang mit den Attentaten mit gefälschten Pässen und als Asylsuchende nach Europa eingereist. Einige seien inzwischen in Österreich festgenommen worden. Der IS betrachte dies als Machtdemonstration, dass es ihm trotz mehrfacher Registrierungen möglich sei, Täter und Kämpfer als Flüchtlinge einreisen zu lassen. Er will auch so zur Verunsicherung beitragen und den Zuzug von Migranten zugleich diskreditieren.

Es gebe eine Art von Goldgräberstimmung bei den Salafisten und Islamisten durch die Zuwanderungsbewegungen. Viele der Flüchtlinge suchten Anschluss und könnten von Salafisten und andere Islamisten kontaktiert werden. Sie hofften, zum Beispiel durch Ansprachen auch in Asylbewerberunterkünften, Unterstützer und Kämpfer für ihre extremistischen und terroristischen Ziele zu gewinnen. Dem BfV wurden schon 230 Fälle bekannt, in denen Asylsuchende kontaktiert worden seien.

Grund zur Sorge bereitet zudem die deutlich gestiegene Anzahl von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Im Jahr 2014 wurden 198 Straftaten gegen Asylbewerber und Asylbewerberheime registriert. Im vergangenen Jahr 2015 wurden schon 1.005 Delikte registriert. Für solche Straftaten gibt es in Deutschland ebenso kein Pardon und keine Ausreden. Fremdenfeindlichen Straftaten stellen demnach neben der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ein besonderes Problem dar. Die Übergänge zu einem strafrechtlich subsumierbaren Terrorismus sind fließend und müssen ebenso intensiv beobachtet werden.

Der linksgerichtete Terrorismus stellt ebenso eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Ereignisse wie die gewalttätigen Ausschreitungen im Rahmen der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main zeigen immer wieder die vorherrschende Ablehnung unserer Rechtsordnung und die Verfolgung dieser Ziele durch die Begehung schwerster Straftaten.

Die entsprechenden Bewegungen verbindet die Art und Weise der Öffentlichkeitsarbeit. Sie verbreiten ihre Ideologien in umfangreichem Ausmaß im Internet um Mitglieder zu gewinnen. Daher dürfen diese Bestrebungen nicht außer Acht gelassen werden, auch wenn der Antrag der Fraktion der CDU den islamisch motivierten Terrorismus fokussiert.

Mit Rekurs auf das Phänomen des islamisch geprägten Terrorismus erscheinen die nachfolgenden Ausführungen die Notwendigkeit der

Beobachtung von Internetdiensten und entsprechenden Ermittlungshandlungen zu belegen.

Während die Propagandabemühungen von Salafisten in den Flüchtlingsunterkünften in Deutschland durch die Sicherheitsbehörden aktuell kaum unterbunden werden können erscheinen die Folgen der eigenen medialen Darstellung der Terrororganisationen im Internet noch bedrohlicher.

Das Internet spielt als Radikalisierungsfaktor nach einer aktuellen nationalen Untersuchung nach wie vor eine signifikante Rolle. **Das Internet war bei 201 von 677 befragten Personen als Einflussfaktor zu Beginn der Radikalisierung relevant.** Für knapp die Hälfte (**47%**) dieser Personen waren **Aktivitäten in sozialen Netzwerken bekannt.** Zu bedenken ist allerdings, dass es für die Informationen und Erkenntnisse, die zum Radikalisierungsfaktor „Internet“ personengenau vorliegen, ein nur schwer abschätzbares Dunkelfeld gibt. Zu knapp der Hälfte der Ausgereisten (339 Personen) liegen Informationen darüber vor, dass sich diese nach ihrer Ausreise einer islamistisch-jihadistischen Gruppierung in Syrien und/oder dem Irak angeschlossen haben. Die Mehrheit von ihnen (76%) schloss sich dem IS an. Dies spricht dafür, dass der **IS auch weiterhin eine große Anziehungskraft** auf Jihadwillige bzw. Syrien-/Irakreisende ausübt und **dessen Propaganda sowie mediale Präsenz** diese Tendenz unter Umständen nachhaltig befördert².

Nach den Untersuchungen von Prof. Dr. Olivier Roy vom European University Institute in San Domenico Fiesole/Italien³ ergeben sich bei der Untersuchung von Biographien und Radikalisierungsprozessen von Islamisten häufig wiederkehrende Muster. **Unter präventiven Gesichtspunkten** muss nach seiner Auffassung zunächst die **vermeintlichen Unbesiegbarkeit des sogenannten Islamischen Staates und den Heldengeschichten über seine Kämpfer entgegengesteuert werden.** Genau diese Botschaften werden überwiegend **über das Internet** veröffentlicht.

Im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus stehen die Sicherheitsbehörden in Deutschland und Europa daher vor **zwei zentralen Herausforderungen:**

Die **globale Vernetzung** terroristischer Gruppierungen und das **wachsende Personenpotential** des islamistischen Spektrums.

² Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Motivation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind - Fortschreibung 2015

³ BKA Herbsttagung 2015



Eine durchgehende Überwachung aller als Gefährder eingestuften Personen ist rechtlich nicht möglich und auch ressourcentechnisch nicht zu leisten. Es ist nach Einschätzung von BKA-Präsident Holger Münch ein priorisiertes und effizientes Vorgehen der Sicherheitsbehörden erforderlich⁴.

Der BDK setzt sich in Bezug auf die Ressourcenfrage seit Jahren für eine Konzentration der Ermittlungen ein. Beispielhaft sei hier die Forderung erwähnt, teilweise neu zu gründende Schwerpunktdienststellen und Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die bisher teilweise in den Ministerien auf Ablehnung stießen, einzurichten. In der Gesamtschau scheint dieser Schritt nunmehr das Gebot der Stunde zu sein.

Unter den gegebenen Voraussetzungen der föderal geprägten Sicherheitsarchitektur besteht die Gefahr, dass Aufklärungserfolge von den personellen und materiellen Ressourcen abhängig sind, welche die einzelnen Bundesländer für dieses Phänomen zur Verfügung stellen (wollen). Die divergenten föderalen Diskussionen und Prozesse um die Einrichtungen von zentralen Dienststellen zur Bekämpfung des Cybercrime bieten dafür einen Beleg.

Derzeit werden in allen Bundesländern und im Bund phänomenbezogene Recherchen im Internet durchgeführt. Im Rahmen des GTAZ und des GIZ werden wie im Antrag der Fraktion der CDU gefordert auf Bundesebene Informationen aus dem Internet zentral analysiert. Ein Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden ist hier gegeben. In Bezug auf andere terroristische Strömungen gibt es ebenfalls bereits eine bundesweite Auswertung des Internets unter Beteiligung der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder.

Auch in Nordrhein-Westfalen wurden in der Vergangenheit die Anstrengungen in diesem Bereich erhöht, personelle und materielle Ressourcen erweitert. Die Kapazitäten sind hier jedoch endlich. Diesem Status quo steht eine steigende Anzahl von Gefährdern, Sympathisanten und Mitgliedern der terroristischen Vereinigungen gegenüber.

Unter diesem Gesichtspunkt muss die behördenübergreifende Zusammenarbeit ständig evaluiert werden. Es wäre beispielsweise vorstellbar, dass die Ermittlungen in bestimmten sozialen Medien, wie beispielhaft zu Hassinhalten, zwischen Ermittlungsorganisationen aufgeteilt

⁴ Herbsttagung BKA 2015



werden. Die Ermittlungen müssen durch Ermittlungskommissionen spezialisiert und mit Schwerpunkten geführt werden.

Die im Antrag aufgeführte Forderung nach einer Ausgestaltung eines Rechtsrahmens für die Zusammenarbeit zwischen Technologiekonzernen und der Bundesrepublik Deutschland ist zu befürworten.

In der Gesamtschau ist der Mechanismus der freiwilligen Kooperation zwischen den Telemedien- und Kommunikationsanbietern und den Sicherheitsbehörden nicht ausreichend.

Im Zusammenhang von Aktivitäten der freiwilligen Zensur, der Eliminierung von Hass-Postings und sonstigen „schlechten Inhalten“ im Internet werden derzeit von den Beteiligten wirtschaftliche Interessen der Technologiekonzerne, geopolitische Interessen der US-Regierung (insbesondere bei Unternehmen mit einem Firmensitz in den USA) und innerpolitischen Interessen der jeweiligen Staaten untereinander abgewogen.

Diese Interessenvielfalt und das konsensuale Ergebnis des Abwägungsprozesses können unserem im Grundgesetz verankerten Rechtsstaatsprinzip nicht gerecht werden.

Mit freundlichen Grüßen
Oliver Huth

(stellvertretender Landesvorsitzender
Landesverband BDK NRW)